

Vorname Name
Straße
PLZ Wohnort

.....
(Ort, Datum)

Landtag Brandenburg
Frau / Herrn Abgeordneten

.....
Fraktion
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Nachfolgeregelung Brandenburgisches Sonderzahlungsgesetz 2007 bis 2009

Sehr geehrter Herr Abgeordneter / Sehr geehrte Frau Abgeordnete

die Gewerkschaften und Verbände im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg haben 2006 /2007 durch vielfältige Aktionen erkämpft, dass die Beamtinnen und Beamten im Land Brandenburg hinsichtlich der Jahressonderzahlung neben vielen anderen Kürzungen nicht auch in dieser Hinsicht Schlusslicht bei der Honorierung ihrer Leistungen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern werden. Allerdings hat die vormalige Landesregierung mit Ihrer parlamentarischen Zustimmung durchgesetzt, dass die Besoldungsanpassung 2007, die alle anderen Länder mit Ausnahme Berlins vorgenommen haben, für die brandenburgischen Beamten halbiert wurde. Wir haben damit faktisch durch diese Reduzierung in den Jahren 2007 bis 2009 die Sonderzuwendung selbst finanziert. Ein Ausgleich für die damalige Halbierung ist bis heute nicht vorgenommen worden.

Die vorgesehene aus meiner persönlichen Sicht völlig unzureichende Nachfolgeregelung für die Sonderzahlung ist im Kabinett gestoppt mit der Folge, dass der völlige Wegfall – wie schon 2006 angestrebt – droht. Damit wird einem weiteren Auseinanderdriften in der Behandlung der Beschäftigungsgruppen Vorschub geleistet.

Durch verstärkte Stellenstreichungen auf Grund des durch Kabinettsentscheid bestätigten Stelleinsparungskonzepts bis 2014 und einer Ausweitung der zu lösenden Aufgaben verdichtet sich für mich der Arbeitsanfall immer weiter. Wenn jetzt noch permanent die Besoldung im Land Brandenburg auf das unterste Level gedrückt wird, ist mir unklar, woher meine Kollegen und ich noch die Motivation für gute Aufgabenerfüllung gewinnen wollen.

Für Ihre Vergütung als Landtagsabgeordnete, die ja an die Beamtenbesoldung gekoppelt sein soll, haben Ihre Vorgänger und vielleicht auch Sie selbst vorgesorgt. Schon seit Jahren ist diese Sonderzahlung bei Ihnen in die monatlichen Bezüge eingebaut. Für mich stellt sich hier die Frage, warum Sie dann nicht die Initiative ergreifen, dieses auch für die Landesbeamten vorzusehen. So könnten Sie nicht nur für mich und meine Kollegen etwas mehr Gerechtigkeit erreichen, sondern auch Ihrer Verantwortung für die Bürger des Landes gerecht werden, die eine umfassende Aufgabenerfüllung von Legislative und Exekutive erwarten, die sich nicht allein auf betriebswirtschaftliche Aspekte beschränkt.

Lassen Sie das als gerade gewählter Mandatsträger nicht zu und werden Sie in meinem Sinn und dem meiner Kollegen initiativ!

.....
(Unterschrift)